

Der Staatsminister

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR KULTUS
Postfach 10 09 10 | 01079 Dresden

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
26. September 2018

Geschäftszeichen
(bitte bei Antwort angeben)
Z-1053/14/114

Dresden,  . Oktober 2018



Präsidenten des Sächsischen Landtages
Herrn Dr. Matthias Rößler
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Rolf Weigand (AfD)

Drs.-Nr.: 6/14848

Thema: Äußerungen der Schulleiterin des 

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind folgende Ausführungen vorangestellt: „Nach Aussagen von Eltern, deren Kinder das  besuchen, hat sich die dortige Schulleiterin, , im Frühkonzil am 18.09.2018 zu den Wahlergebnissen der ersten Runde der Oberbürgermeisterwahl in Meißen sinngemäß wie folgt geäußert: ‘Wir sind alle froh, dass die AfD ein sehr schwaches Ergebnis erzielt hat’.“

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Liegen dem Kultusministerium Kenntnisse über die Aussage der Schulleiterin und deren politisch eindeutig meinungsbildendem Inhalt vor?

Der geschilderte Vorfall war dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus bislang nicht bekannt. Auf Nachfrage hat die Schulleiterin bestritten, die zitierte Äußerung getätigt zu haben. Insbesondere wird von ihr bestritten, in ihrer Äußerung das Wort „wir“ verwendet zu haben.

Frage 2: Ist das Kultusministerium der Auffassung, dass die Schulleiterin durch ihre Aussage die in ihrer Position verpflichtende politische Neutralität sowohl in beamtenrechtlicher Hinsicht als auch den Beutelsbacher Konsens verletzt hat?

Frage 3: Ergreift das Kultusministerium in diesem Falle Disziplinarmaßnahmen gegen die Schulleiterin und wenn ja, welche?

Zusammenfassende Antwort auf die Fragen 2 und 3:

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
für Kultus
Carolaplatz 1
01097 Dresden

www.smk.sachsen.de

De-Mail-Zugang:
poststelle@smk-sachsen.de-mail.de

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit den
Straßenbahnlinien 3, 7, 8

Das Vorliegen eines Dienstvergehens hat sich bislang nicht bestätigt. Insoweit erübrigen sich zum jetzigen Zeitpunkt Überlegungen in Bezug auf eine etwaige Disziplinarmaßnahme.

Frage 4: Wie will das Kultusministerium zukünftig vermeiden, dass es zu solchen öffentlichen Äußerungen dieser Schulleiterin und damit zu einer einseitigen politischen Beeinflussung der Schüler kommt?

Anhaltspunkte, dass die Schulleiterin Äußerungen tätigt, die mit Blick auf § 33 Abs. 2 BeamStG relevant sein können, liegen nicht vor. Der Schulleiterin ist die Rechtslage bekannt und bewusst.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Piwarz